

GLEICHBERECHTIGUNG ‚UNSERER‘ FRAUEN MIT ‚UNSEREN‘ MÄNNERN. RECHTSEXTREME FRAUEN – RECHTSEXTREMER FEMINISMUS?

von Judith Goetz

Seit der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) und seine rassistisch motivierten Morde an mindestens zehn Menschen bekannt wurden, läuft die sensationsorientierte Berichterstattung über das deutsche Neonazi-Trio auf Hochtouren. Dass sich Beate Zschäpe im November 2011 den Behörden stellte und sich seit Mai 2013 als Hauptangeklagte in einem Prozess zu verantworten hat, bot aber auch den (längst) notwendigen Anlass, sich erneut mit der Bedeutung von Frauen in der extremen Rechten auseinanderzusetzen.

„GEFÄHRLICHE MITLÄUFERIN“?

Vor allem die anfängliche stereotype Berichterstattung, die in Beate Zschäpe eine „gefährliche Mitläuferin“ (Bild) oder ein sexualisiertes Anhängsel der „eigentlichen Täter“ Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos sehen wollte, veranlasste das Forschungsnetzwerk „Frauen und Rechtsextremismus“ dazu, sich mit zwei Briefen, in denen diese Aspekte auf Basis jahrelanger Forschung zur Thematik kritisiert wurden, an die Öffentlichkeit zu wenden. Indem von Seiten der Medien immer wieder behauptet wurde, Zschäpe hätte sich „politisch kaum engagiert“ wurde an die Klischeevorstellung unpolitischer Frauen angeknüpft, die eine Verharmlosung und Unsichtbarmachung des politischen (und in manchen Fällen auch gewaltförmigen) Engagements von Frauen in der extremen Rechten zur Folge hat. Im Gegensatz dazu hat die seit Ende der 1980er Jahre im deutschsprachigen Kontext betriebene Forschung aufgezeigt, dass Frauen in den unterschiedlichsten Spektren des Rechtsextremismus aktiv waren und sind, und auch verschiedene Aufgaben und Positionen innerhalb rechtsextremer Organisation übernehmen. Gerade die vielfältigen Lebensentwürfe, die weit über die klischeehaften Vorstellungen des Heimchens am Herd hinausgehen stellen weiters eine besondere Attraktivität für Frauen dar, sich in rechtsextremen Kreisen zu engagieren. Zudem sind es ebenso wie bei Männern meist Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus, die rechtsextremes Gedankengut für Frauen attraktiv machen, und nicht, wie oftmals fälschlicherweise angenommen, frauenpolitische Themen. Gleichzeitig stabilisiert und normalisiert die Frauenpräsenz die rechte Szene, weil sie nicht nur nach außen das Image verbessern, sondern auch leichter Eingang in zivilgesellschaftliche Bereiche wie Elternbeiräte, Vereine etc. haben. Neben unzähligen anderen Ermittlungsspannen und weiterhin offenen Fragen wird aber weder den Frauen noch dem Unterstützungsumfeld als

solchem im Prozess gebührend Bedeutung zugemessen.

ÖSTERREICHISCHE VERHÄLTNISSE

Großes Unwissen gibt es aber im österreichischen Kontext über rechtsextreme Frauen, obwohl sich zahlreiche Beispiele finden lassen. Während im Umfeld der bekannten neonazistischen Internetplattform alpen-donau.info, die zwischen April 2009 und März 2011 online war und deren Betreiber und Initiatoren inzwischen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, keine Frauen bekannt sind, die entscheidende Rollen übernommen hatten, sieht es im Kontext des Neonazi-Vereins Objekt 21 anders aus. Isabella Kordas, deren Künstlerinnenname als NS-„Liedermacherin“ „Sterbehilfe“ lautet, war bereits mit dabei gewesen, als der „Kulturverein“, ein Bauernhof nahe Attnang-Puchheim, aufflog. Im Mai 2009 wurden bei einer zufälligen Polizeikontrolle des Autos von Jürgen Windhofer verbotene Waffen und zahlreiche NS-Devotionalien gefunden. Im darauf folgenden Wiederbetätigungsprozess wurden Ende 2013 vom Landesgericht Wels alle sieben Angeklagten u.a. wegen Verherrlichung nationalsozialistischer Ideologie schuldig gesprochen. Auch im Umfeld der „Identitären Bewegung“, die in ihrer teilweise aktionistischen Agitation für die „Aufrechterhaltung“ einer nationalen bzw. europäischen Identität (gegen eine vermeintliche „Islamisierung“) auftritt, beteiligten sich Frauen immer wieder an einzelnen Aktionen und haben Anfang letzten Jahres sogar die „Mädelgruppe Edelweiß“ gegründet. Zudem organisieren sich Frauen auch verstärkt in sogenannten „BürgerInneninitiativen“ wie beispielsweise der „Bürgerinitiative Dammstraße“ in Wien, auch bekannt als „Moschee Ade“, die sich gegen den Ausbau eines islamischen Kulturzentrums starkmacht. Ansonsten scheinen sich Anhängerinnen rechten bzw. rechtsextremen Gedankenguts in Österreich beispielsweise in der FPÖ-Frauenorganisation „Initiative Freiheitlicher Frauen“ (IFF) zu engagieren. Nicht zu vergessen sind an dieser Stelle jedoch auch die Wählerinnen rechtsextremer Parteien wie der FPÖ, die durch ihre Stimmabgabe zeigen, dass sie kein Problem mit rassistischen, antisemitischen, sexistischen und homophoben Politiken haben, und diese somit stärken. Aber auch deutschnationale Burschenschaftler haben ein weibliches Pendant: Mädelschaften oder Damenverbindungen nennen sich jene Zusammenschlüsse von Frauen, die in Bezug auf völkischen Nationalismus ihren männlichen Gesinnungskameraden um nichts nachstehen.

Sie unterscheiden sich einerseits durch ihren geringeren gesellschaftlichen Einfluss als auch dadurch, dass Mitglieder von Mädelschaften keine Messuren fechten dürfen. Ihnen wird nämlich, so wie allen Frauen, die Satisfaktionsfähigkeit abgesprochen.

Um die Auseinandersetzung mit rechten/rechtsextremen Frauen scheint es dennoch auch in Österreich äußerst dürftig bestellt. Zwar besteht phasenweise ein (nicht selten sensationsorientiertes) Interesse an der Thematik. Sie werden jedoch meist nicht als Anhängerinnen menschenfeindlicher Ideologien ernst genommen.

RECHTER FEMINISMUS?

Stärker denn je nehmen Rechtsextreme aber auch (staatliche) geschlechterpolitische Gleichstellungsmaßnahmen und Frauen*förderungsprogramme ins Visier. Themen aus den Frauen*bewegungen von Abtreibung über Quoten hin zu Gender-Mainstreaming und sexualisierter Gewalt haben jedoch bereits seit geraumer Zeit Eingang in Debatten und Politiken der extremen Rechten gefunden. So stellt sich immer wieder die Frage, ob eine Art rechter/rechtsextremer Feminismus konstatiert werden kann. Derartige Bestrebungen stützen sich in rechtsextremen Kreisen vor allem auch Überlegungen, wie sie beispielsweise im Nationalsozialismus anzutreffen waren, als Frauen gleiche Partizipationsmöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen mit der Argumentation forderten, dass jeder Mann und jede Frau benötigt würde, um die „deutsche Vorherrschaft“ zu erlangen und abzusichern. Begünstigt werden sollten jedoch nicht alle Frauen, sondern, gemäß dem hierarchischen, elitären Denken, ausschließlich „die Besten“. Außerdem wurde die Rolle der „deutschen Frauen“ im Nationalsozialismus aufgewertet und mit Bedeutung versehen, was von vielen als Ausbruch aus traditionellen Mustern, „Befreiung“ oder „Emanzipation“ empfunden wurde, insbesondere durch die Möglichkeiten, aus der privaten Sphäre auszubrechen weil durch die Verpflichtung für das „deutsche Volk“ die Familie an Bedeutung verlor und bisherige Grenzen weiblicher politischer Partizipationsfelder überschritten wurden. Nicht zuletzt wurde diese Verpflichtung auch als sinnstiftend erlebt und versprochen, für die Aufopferung belohnt zu werden. Die patriarchalen Strukturierungen der Konstrukte „Nation“ und „Volk“ blieben jedoch unhinterfragt.

Ähnliche Momente der Sinnstiftung und Aufwertung erfahren Frauen, die sich in rechtsextremen Kreisen engagieren auch gegenwärtig. Rechtsextreme Frauen werden zwar gesellschaftlich sowie auch in ihren Zusammenhängen benachteiligt, erleben durch ihre Einbindung in Dominanzstrukturen (wie das „deutsche Volk“ oder die Volksgemeinschaft) jedoch einen Ausgleich für eigene Diskriminierungserfahrungen, da sie immer noch besser gestellt sind als beispielsweise Männer mit Migrationshintergrund und folglich Ausgrenzung und Unterdrückung gegen schlechter Gestellte ausüben können. So

spricht beispielsweise Christine Wittrock von „oppositionellen Faschistinnen“, Liliane Crips von „Nationalfeminismus“ und Renate Bitzan von „antisexistischen Rassistinnen“ oder „sexismuskritischen Nationalistinnen“. Diese unterscheiden sich von fortschrittlichen Feministinnen vor allem durch ihre Ignoranz gegenüber anderer oder Befürwortung von Diskriminierungsfaktoren wie Herkunft, Sexualität, Klasse und Vorstellungen der Gleichberechtigung „unserer“ Frauen mit „unseren“ Männern. So lange Feminismus sich jedoch als emanzipatorisches Projekt im Interesse aller Frauen* versteht, das auch andere Benachteiligungsfaktoren mitdenkt, sollen und dürfen nationalistisch und rassistisch aufgeladene frauen*politische Bestrebungen kein Teil davon sein. Dementsprechend bleibt fraglich, ob im Falle rechtsextremer Bezugnahmen tatsächlich von Feminismus gesprochen werden kann.

INSTRUMENTALISIERUNGEN

Dennoch darf nicht darüber hinweg gesehen werden, dass rassistische Argumentationen in gegenwärtigen feministischen Diskussionen rund um Geflüchtete wieder stärker werden und auch feministische Herangehensweisen keine Garantie für umfassende Rassismuskritik darstellen. Gerade die Reaktionen auf Vorfälle der Silvesternacht in Köln verdeutlichen jedoch auch, auf welche Art und Weise frauen*politische und feministische Themen aktuell von Rechten/Rechtsextremen instrumentalisiert werden. In den darauf folgenden Debatten machten sich nicht nur rechte/rechtsextreme Politiker_innen, Parteien und Organisationen plötzlich auf eine bisher nie dagewesene Art und Weise für Frauen*rechte stark um damit Solidarität gegenüber geflüchteten Menschen abzuwehren und diese zu diskreditieren. Vorstellungen von Geschlechtergerechtigkeit werden im gegenwärtigen Diskurs rassistisch und nationalistisch aufgeladen und die Bedrohung sexualisierter Gewalt ausschließlich auf Männer mit Migrationshintergrund projiziert und kulturalisiert, während diskriminatorische und übergreifende Praxen durch Männer österreichischer/deutscher Herkunft ausgespart bleiben. Dass es den Akteur_innen dabei jedoch keineswegs um einen verbesserten Schutz gegen Gewalt an Frauen* geht und erneut lediglich „die eigenen Frauen“ geschützt werden sollen, wird an der rassistischen Logik vieler „Argumente“ deutlich. Dies zeigt sich einerseits an Hand der Auslassungen in den Debatten, da weder Gewalterfahrungen von Frauen* auf der Flucht, legale und sichere Einreisemöglichkeiten für Frauen* oder frauen*spezifische Fluchtgründe wie beispielsweise Schutz vor (sexualisierter) Gewalt thematisiert wurden. Andererseits stand die Ausweitung sexueller Selbstbestimmung aller Frauen* niemals im Vordergrund der Diskussionen. Darüber hinaus kann es keine Option sein, Straftäter in Länder abzuschieben, in denen sexualisierte Gewalt nur unzureichend verfolgt wird und dementsprechend Frauen* den Tätern weiterhin ausgesetzt bleiben. Gleichzeitig lassen sich an den aktuellen Diskursen auch

die Widersprüchlichkeiten rechtsextremer Denkweisen verdeutlichen. So werden geschlechterpolitische Maßnahmen oder Gewaltschutz für Frauen* in der Regel abgelehnt, sexualisierte Gewalt nicht selten verharmlost und nur dann auf die politische Agenda gebracht, wenn es darum geht, gegen Geflüchtete mobil zu machen. Gerade FPÖ Politiker_innen fallen bis heute immer wieder durch derartige antifeministische Politiken auf, sei es beispielsweise die Forderung nach der Abschaffung von Frauenhäusern weil sie „an der nachhaltigen Zerstörung von Ehen maßgeblich beteiligt“ wären oder der Ablehnung von Verbesserungen im Schutz gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Nicht nur aufgrund des immer stärker werdenden antifeministischen Auftretens rechtsextremer Szenen, vor allem im Kampf gegen die Ziele von wirksamen Gleichstellungspolitiken, allen voran Gender Mainstreaming, verdeutlicht sich die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den ideologischen Facetten des Antifeminismus im Rechtsextremismus. Eine profunde Beschäftigung mit der Thematik liefert zudem wichtige Argumente gegen rassistisch aufgeladene Vereinnahmungen und Instrumentalisierungen von Frauen*rechten.

Judith Goetz ist Literatur- und Politikwissenschaftlerin und Mitglied der Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (www.fipu.at).


LITERATUR

Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit
Rechtsextremismus – Band 1
 Entwicklungen und Analysen

So erfolgreich die extreme Rechte, so überschaubar ist die kritische Rechtsextremismusforschung. Vor dem Hintergrund von Vereinzelung und geringer Institutionalisierung legt die seit 2011 bestehende Wiener »Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit« mit diesem Sammelband eine Bestandsaufnahme vor und gibt Impulse für weitere notwendige Arbeiten.

Die Beiträge behandeln eine breite Themenpalette – von der Kritik an der Mainstream-Forschung und ihrem begrifflichen Instrumentarium bis hin zu gängigen Auslassungen (wie Sexismus und Antifeminismus), von zentralen Akteur/innen der extremen Rechten bis hin zu einschlägigen Feindbildern, von der Kritik des Verfassungsschutzes bis hin zur kritisch-solidarischen Reflexion von Gegenaktivitäten anhand der Proteste gegen den Wiener WKR- bzw. Akademikerball. Abgerundet wird der Band von einer Chronologie rezenter rechtsextremer Vorfälle.

Mandelbaum Verlag / 19.90 € / ISBN: 978385476-637-7

Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit
Rechtsextremismus – Band 2
 Prävention und politische Bildung

Die extreme Rechte ist im Aufwind – abzulesen an rechts-extremen Wahlerfolgen, erfolgreichen rassistischen Mobilisierungen und grassierender Hate Speech im Internet. Entwicklungen wie diese verleihen der Frage Nachdruck, wie Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegengewirkt werden kann. Kann politische Bildung je mehr als Symptombekämpfung sein? Welche Art von Bildung wird dahingehend gebraucht und welche sozialen Kontexte hat sie zu berücksichtigen? Im Anschluss an Grundlagentexte zu Geschichte, gesellschaftlichen Beschränkungen und zur Geschlechterdimension politischer Bildung, zur Ideologiekritik und zu Grundlinien wirksamen pädagogischen Handelns gegen Rassismus und Antisemitismus widmet sich der Band verschiedenen Spezialaspekten der Bildung »gegen Rechts«: von ihren Orten (Gedenkstätten, soziale Arbeit) und Medien (Kinder- und Jugendbuch) bis hin zu spezifischen Herausforderungen in Zeiten von Deradikalisierungseifer und besorgter Bürgerlichkeit.

Erscheint in wenigen Wochen im Mandelbaum-Verlag.